

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d

Inhalt

Dr. Rolf Linkohr MdEP
stellt Forderungen zur
Realisierung von EUREKA:
Unter das Dach der EG
nehmen. Seite 1

Wolfgang Clement fordert,
das Gezerre um das AFG
endlich einzustellen: Spiel
mit dem Feuer. Seite 3

Michael Müller MdB ver-
langt Konsequenzen aus
dem neuen Weinskandal:
Lebensmittelkontrolle
ernstnehmen. Seite 4

Volker Neumann MdB
kommentiert die Ausrei-
seerlaubnis für Jelena
Bonner: Die Menschen-
rechte sind kein Luxus.
Seite 5

Dokumentation:

Der NRW-Kultusminister
Hans Schwier hat sich in
einem Brief an Verteidi-
gungsminister Manfred
Wörner gegen dessen Ein-
griff in die Kulturhoheit
verwehrt. Wortlaut
Seite 6

40. Jahrgang / 209

31. Oktober 1985

Eureka unter das Dach der EG nehmen

Dieses Unternehmen muß mehr sein als eine europäische
High-Tech GmbH

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP
Obmann der Sozialistischen Fraktion im Technologie-Ausschuß
des Europäischen Parlaments

Es ist zu begrüßen, daß die europäische Industrie in Zusammenwir-
ken mit den Regierungen endlich zu einer offensiven Forschungs-
und Technologiepolitik ansetzt. Wo Europa in Rückstand ist, muß
er gemeinsam aufgeholt werden. Dank gebührt dabei vor allem der
französischen Regierung, die mit ihrem Vorschlag für eine europäi-
sche Technologie-Gemeinschaft den Stein ins Rollen brachte.

Niemand hat in der Vergangenheit die europäische Industrie daran
gehindert, über die Grenzen hinweg miteinander zusammenzuarbei-
ten und gemeinsame Projekte in Angriff zu nehmen. Daß sie es in so
geringem Maße tat, spricht nicht gerade für ihren Weitblick. Hat sie
aber den Mut zur Zusammenarbeit gehabt, war sie auch häufig er-
folgreich, wie etwa das Beispiel Airbus zeigt. Der Weg der Koope-
ration sollte beschleunigt fortgesetzt werden. Um dies zu erreichen,
ist die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes vorrangige Auf-
gabe der europäischen Industriepolitik.

Forschung und Entwicklung im Bereich der Spitzentechnologie wird
immer teurer und risikoreicher. Es ist deshalb unumgänglich, daß
auch öffentliche Mittel zur Risikoabdeckung bereitstehen. Weit wich-
tiger aber ist, die Unsicherheiten auf dem europäischen und Welt-
markt zu verringern. Dazu gehört auch die gemeinsame europäische
Handelspolitik, europaweite öffentliche Ausschreibungen, gemein-
same Normen und Standards, eine wegweisende europäische Umwelt-
gesetzgebung und ein europäisches Währungssystem. Eureka darf
nicht den Blick auf diese weit wichtigeren Projekte der Europäischen
Gemeinschaft verdecken. Eureka außerhalb der EG zu betreiben, ist
deshalb kurzsichtig und fahrlässig.

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 DB

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kritischer Dienst
für den sozialen Fortschritt
Kritischer Dienst



Der Vorteil von Eureka ist bislang vor allem psychologischer Art. Eureka hat die Phantasie der Europäer beflügelt und eine Technologiediskussion in Gang gesetzt, die weit über den Bereich der Industrie hinausgeht. Problematisch am bisherigen Konzept von Eureka erscheint aber folgendes:

- Mit Eureka entsteht neben den Fördermaßnahmen der Regionen, der Nationalstaaten und der Europäischen Gemeinschaft ein weiterer Topf, der die Verwirrung über Technologieförderung nur noch vermehrt. Nutznießer dürften vor allem große Firmen sein. Dies könnte vermieden werden, wenn Eureka unter das Dach der EG käme. All dies, was mit Eureka vorgesehen ist, könnte im Rahmen der EG ablaufen, auch die Zusammenarbeit mit Drittländern.
- Eureka wird aller Voraussicht nach die Zusammenarbeit der schon entwickelten Industrienationen noch verstärken, die wirtschaftlich schwachen Regionen aber noch mehr abhängen. Es müssen deshalb Wege gefunden werden, um die Fähigkeiten der europäischen Randregionen zu fördern - was aber ohne großzügige finanzielle Unterstützung nicht möglich ist. Auch in diesem Zusammenhang sei die positive Rolle der EG angesprochen. Gerade in schon dicht besiedelten Ländern wie Baden-Württemberg muß ein Interesse daran vorhanden sein, daß auch anderswo Zentren der Spitzentechnologie entstehen. Sonst wären wir bald überlaufen.
- Technik muß auf ihren gesellschaftlich und technologischen Nutzen schon in der Entwicklungsphase getestet werden. Während dies landauf landab gefordert wird, ist auf einmal bei Eureka keine Rede davon. Dieser Weg ist gefährlich und setzt alle bisherigen Bemühungen um Technologiebewertung aufs Spiel.
- Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind bisher nicht in Eureka einbezogen - und sollen es offenbar auch nicht werden. Doch eine europäische Industriepolitik ohne grenzüberschreitende Mitbestimmung wird letztlich arbeitnehmerfeindlich. Wenn schon der Ministerrat Fortschritte in der europäischen Mitbestimmung blockiert, warum folgt die Industrie dann nicht dem Beispiel der Thomson Grand Public, der Branche für Unterhaltenselektronik des Thomson Konzerns, die freiwillig und europaweit den Beschäftigten Information und Konsultation bei der Einführung neuer Technologien eingeräumt hat?
- Die Themen von Eureka sind aus Gründen des Wettbewerbs mit den USA und Japan gewählt worden. Übersehen werden aber die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Europa. Wäre es nicht sinnvoller zu fragen, wo aus gesellschaftlichen Gründen geforscht werden muß, anstatt blindlings den Wettlauf um das blaue Band der Hochtechnologie zu beginnen? Schließlich sind auch Klima- und Umweltforschung, Recycling, die Bekämpfung des Hungers in der Welt, ein intelligentes Verkehrssystem - um nur einige Themen zu nennen - High-Technologies. Deshalb sollte Eureka auch Anlaß sein, über unsere wirklichen Bedürfnisse nachzudenken. Dabei ist zu begrüßen, daß weithin doch die Auffassung vertreten wird, Eureka solle ausschließlich zivilen Zielen dienen.

Technik war nie wertneutral. Die technologische Entwicklung wird schließlich von unserem Wertesystem gesteuert und wirkt auf es zurück. Europa darf Japan und die USA nicht einfach nachmachen, sondern muß einen eigenen Weg durch das Gestrüpp der Dritten Industriellen Revolution finden, dem Menschen und der Natur verpflichtet.

Wenn wir bloß nachmachen, werden wir letztendlich verlieren. Doch Europa wird gewinnen, wenn es den Mut aufbringt zu einer umwelt- und sozialverträglichen Modernisierung seiner Industrie.

(-/31.10.1985/rs/ks)

+ + +



Spiel mit dem Feuer

Das Gezerre um das AFG muß endlich eingestellt werden

Von Wolfgang Clement
Stellvertretender SPD-Bundesgeschäftsführer

Das öffentliche Hickhack und von taktischen Motiven bestimmte Gezerre in der Bonner Koalition um den Plan, mittelbar von Arbeitskämpfen betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Anspruch auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld zu streichen, nimmt unerträgliche Formen an. Bundesverfassungsgerichtspräsident a.D. Ernst Benda sagte soeben sicherlich das Minimum dessen, was gesagt werden muß, als er den konservativen bis reaktionären Akteuren gegen den geltenden Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes „schlechten Stil“ und „mangelnde Klugheit“ vorwarf. Die Frage ist, was eigentlich noch geschehen muß, damit Bundeskanzler Kohl dieser, den Rechtsfrieden wie den sozialen Frieden vergiftenden Diskussion endlich ein Ende setzt!

Niemand soll später sagen können, ihm sei nicht klar gewesen: Was die Bonner Koalition mit diesem Thema treibt, ist ein Spiel mit dem Feuer. Wer die soziale Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer so grundsätzlichen Frage ohne jede Not in Frage stellt, um die Gewerkschaften zu treffen, der sollte sich auf bitterste Auseinandersetzungen gefaßt machen.

Und dafür, daß keinerlei Notwendigkeit besteht, den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zu ändern, gibt es unverdächtige, unabhängige, über jeden Zweifel erhabene Zeugen. Beispielsweise auch den früheren Präsidenten des Bundessozialgerichts, Professor Georg Wannagat, der kürzlich darauf hinwies, daß sich „dieser Paragraph seit seinem Bestehen immer wieder bewährt (hat)“. Und: „Kaum eine Bestimmung ist zudem durch eine so breite Mehrheit zustande gekommen.“ Denn das Gesetz ist bekanntlich im Jahre 1969 noch von der „großen Koalition“ verabschiedet worden.

Professor Wannagat hat übrigens auch zu Recht deutlich gemacht, daß nicht nur durch die Zahlung, sondern auch durch die unrechtmäßige Verweigerung von Kurzarbeitergeld die „Neutralität“ der Bundesanstalt für Arbeit verletzt werden könne. Ich füge hinzu: FDP und Wirtschaftsrat der CDU spielen mit falschen Karten, wenn sie vorgehen, sie wollten jene Neutralität erst herstellen. Es geht ihnen ums genaue Gegenteil, nämlich: die heute vom geltenden Recht gesicherte Neutralität der Bundesanstalt durch ein Außerkraftsetzen von Zahlungspflichten gegenüber den versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Streikfalle ein für allemal zu beseitigen!

Im Übrigen: Man kann es nur noch als frechen Hohn bezeichnen, wenn die FDP den Gewerkschaften heute vorwirft, diese versuchten mit ihrer Verteidigung des geltenden Rechts den Gesetzgeber zu „erpressen“. Von allem anderen abgesehen: Eine Partei wie die FDP, die mit den Mitteln und Methoden einer Glistrupisten-Gruppierung versucht, ihre politische (und finanzielle) Existenz zu sichern, die sollte sich hüten, jemals wieder das Wort „Erpressung“ in den Mund zu nehmen, wenn sie nicht in Kauf nehmen will, daß es sehr hart, sehr böse auf sie zurückschlägt!

(-/31.10.1985/vo-ha/rs)

+ + +

Der neue Weinskandal fordert Konsequenzen

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz ernst nehmen

Von Michael Müller MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

Der erneute Weinskandal in Österreich und die bei der Herstellung von Fleisch- und Wurstwaren in Rheinland-Pfalz verwendeten giftigen Chemikalien dürfen nicht als „Randerscheinungen“ in der Lebensmittelherstellung abgetan werden.

Vielmehr muß sich die Politik die Frage stellen, wie die ungeheure Vielzahl von Zusatz- und Konservierungsstoffen in Lebensmitteln zurückgedrängt und unter gesundheitlichen Gefährdungsgesichtspunkten neu bestimmt wird. Die Beimischung von Natriumazid und Formaldehyd geschieht vor allem unter Konservierungsgesichtspunkten. Dabei geht es darum, die Haltbarkeit zu verlängern oder das Aussehen zu „verschönern“. Zu diesem Ziel werden auch die heutigen gesetzlichen Bestimmungen immer wieder überschritten. Diese „Handels“-Strategien gehen aber zu Lasten der Verbraucher. Seit einigen Jahren warnen schon Verbraucherschutzorganisationen und Lebensmittelfachleute vor dieser Entwicklung, aber erst mit der Diäthylenglykol-Affäre ist dies der breiteren Öffentlichkeit bewußt geworden. Letztlich scheint aber auch der neue Vorfall mit der Zugabe von Natriumazid nur deshalb bekannt geworden zu sein, weil Glykolpanscher einen Tip gegeben haben, daß es noch weit „schlimmere Verletzungen“ der Weingesetze gebe.

Die SPD wendet sich gegen jede Form von Verharmlosung der Lebensmittelskandale, es muß die umfassende Kontrolle der Lebensmittel erweitert und die Bestimmungen über den Einsatz von Zusatzstoffen unbedingt verschärft werden.

Die gesundheitlichen Auswirkungen heutiger chemischer Lebensmittelbelastungen sind schleichend und langfristiger Art. Ein vorbeugender Schutz der Verbraucher vor Lebensmittelvergiftungen ist dringend erforderlich.

Dazu gehören:

- Die Lebensmittelkontrolle ist insbesondere im Sinne eines Monitoringsystems (kontinuierliche Überwachung und Bewertung der Schadstoffbelastung in Lebensmitteln) zu verschärfen.
- Die Analysemethoden für die Erfassung von chemischen Rückständen sind, wie seit Jahren gefordert, zu verbessern und Rückstandsuntersuchungen allgemein einzuführen.
- Die heute erlaubten Zusatz- und Konservierungsmittel sind zu überprüfen und mit verschärften Grenzwerten neu festzulegen.
- Der Handel mit giftigen chemikalischen Zusatzstoffen für die Konservierung von Lebensmitteln ist strafrechtlich zu verfolgen und zu unterbinden.
- In der Bundesrepublik sind dringend Untersuchungen auf die Zugabe von Natriumazid in Wein anzustellen. Dies gilt insbesondere bei kleineren Winzern, für die die aufwendigen Verfahren zur Vermeidung einer Nachgärung hohe finanzielle Belastungen bedeuten.

Überhöhte Fluormengen in Mineralwasser, „Conservo“ in Fleisch- und Wurstwaren, Rückstände von Tierarzneimitteln in Eier, Glykol und Natriumazid in Wein sind alarmierende Zeichen für den leichtfertigen Umgang mit Lebensmitteln zu Lasten der Verbraucher. Der schnelle Verdienst, die längere Konservierung und Haltbarkeit oder die „Verschönerung“ der Produkte dürfen nicht die obersten Ziele der Nahrungsmittelherstellung sein, obenan muß der Verbraucherschutz und der Schutz der Gesundheit stehen.

(-/31.10.1985/rs/ks)

+ + +



Die Menschenrechte sind kein Luxus

Zur Ausreiseerlaubnis von Jelena Bonner

Von Volker Neumann MdB

Jelena Bonner, die Frau des sowjetischen Regimekritikers und Physikers Andrej Sacharow darf offenbar in den Westen ausreisen. Ihr Augenleiden und ihre Herzkrankheit verlangten schon seit langer Zeit eine fachkundige Behandlung, die offenbar nur von Spezialisten im Westen vorgenommen werden kann.

Der Kampf um die Freiheit Sacharows und seiner Frau währt nun schon Jahre. Von daher kann man den Akt der Sowjetunion sicherlich nicht als ein freizügiges Entgegenkommen bewerten, sondern er ist Konsequenz eines langen und hartnäckigen Bohrens derjenigen, die sich für Herrn Sacharow und Frau Bonner einsetzen.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal an Korb 3 der KSZE-Schlußakte von Helsinki erinnert werden, in dem die Zusicherung individueller Rechte gegeben wird. Nach wie vor ist die Bilanz nicht ermutigend: alle Bürgerrechtsgruppen, die nach Helsinki in der Sowjetunion entstanden waren, sind zer schlagen. Auch in anderen Ländern des Ostblocks werden die Zusammenkünfte der KSZE-Komitees verboten. Man muß daran erinnern, daß anläßlich der KSZE-Kulturkonferenz in Budapest das Treffen der International Helsinki Federation for Human Rights von den ungarischen Behörden verboten wurde. Auch die Aussiedlung und die Familienzusammenführung sind geradezu zum Erliegen gekommen.

Die Menschenrechtsbestimmungen der KSZE-Schlußakte sind immer noch nicht Realität geworden. Sie haben zwar Hoffnungen erweckt, eine rechtliche Grundlage gebracht für die Menschenrechte, die eigentlich auch in der sowjetischen Verfassung und den sowjetischen Gesetzen verbrieft sind, aber ihre Realisierung erfordert noch einen langen, harten Kampf.

Es bleibt für uns die Sorge um die Menschenrechte in der Sowjetunion, in Polen, in der CSSR, aber auch in Ländern wie Chile und Südafrika. Lew Kopelew trifft den Kern, wenn er sagt: „Die Menschenrechte sind kein Luxus und die Sorge um sie ist keine Wohltat.“ Wer für den Frieden eintritt, muß auch die Menschenrechte gewähren. Frieden und Menschenrechte bedingen einander.

(-/31.10.1985/rs/ks)

+ + +

DOKUMENTATION

Hans Schwier schrieb Manfred Wörner: Eingriff in Kulturhoheit zurückgewiesen

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Hans Schwier (SPD), hat sich in einem Brief an Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) dagegen verwahrt, daß ein von der Hardthöhe finanziertes Theaterstück an den Schulen des Landes aufgeführt wird, ohne daß das zuständige Ministerium in Düsseldorf um Erlaubnis gefragt worden wäre.

„Sehr geehrter Herr Minister Wörner,

die Badischen Kammerschauspiele Emmendingen bieten seit einiger Zeit nordrhein-westfälischen Schulen gegen ein geringes Entgelt die Aufführung eines Theaterstückes ‚Die Gewissensfrage‘ an und bitten die Schulen, mit dieser Aufführung zum Thema Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung Schulveranstaltungen durchzuführen.

Nach Aussagen der Schauspieler haben Sie die Inszenierung und die Tournee finanziert; nach Aussagen von Jugendoffizieren werden Sie auch kontinuierlich über die Aufführungstermine an Schulen unterrichtet und weisen Ihrerseits die Jugendoffiziere darauf hin, so daß den Aufführungen Jugendoffiziere beiwohnen und sich an der anschließenden Diskussion beteiligen.

Bei diesem Sachverhalt, der nach den vorliegenden Aussagen mir nicht zweifelhaft erscheint, muß ich zu meinem Befremden feststellen, daß es sich um ein durch Ihr Haus mitorganisiertes Vorgehen im Bereich nordrhein-westfälischer Schulen handelt, über das Sie mich als verantwortlicher Minister nicht einmal unterrichtet haben.

Ich sehe dies als einen verdeckten Eingriff in die Kulturhoheit des Landes Nordrhein-Westfalen an.

Dies meine ich nicht nur formal, sondern auch inhaltlich: Die tendenziöse Anlage des Stückes, das Fehlen sachlicher Informationen und seine einseitig emotionalisierende Wirkung lassen dieses Stück als ein untaugliches Mittel erscheinen, im Sinne politischer Bildung Friedenserziehung an den Schulen zu unterstützen.

Auf diesen Tatbestand habe ich inzwischen die Regierungspräsidenten im Lande Nordrhein-Westfalen hingewiesen.

Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß ich gemäß Grundgesetz und Landesverfassung Bundesbehörden nicht überlassen kann, maßgeblich auf die Inhalte politischer Bildung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen Einfluß zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Hans Schwier“.

(-/31.10.1985/rs/ks)

+ + +